



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

**zu 9.1 Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU-Fraktion) zur
Transparenz des Finanzgeschehens
Vorlage: VII/2022/04162**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den Hauptausschuss*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass die Stadt Halle (Saale) zum System der Kameralistik zurückkehrt.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

**zu 9.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zum Rückbau von Entwässerungsgräben in der Dölauer Heide
Vorlage: VII/2022/04194**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und in welchem Umfang in der Dölauer Heide bestehende Entwässerungsgräben zurückgebaut werden können, damit das Niederschlagswasser im Stadtwald verbleibt und nicht durch Gräben den umgebenden Waldflächen entzogen wird.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

**zu 9.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung von Kunstwerken am Saalestrand auf der Ziegelwiese
Vorlage: VII/2022/04195**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den Kulturausschuss*

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle entscheidet über das Aufstellen von neuen Kunstwerken im öffentlichen Raum auch im Bereich des Saalestrandes auf der Ziegelwiese durch einen Stadtratsbeschluss auf Empfehlung des Kulturausschusses und nach Anhörung von Expert*innen (beispielsweise des Berufsverbands Bildender Künstler Sachsen-Anhalt e.V.).

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

**zu 9.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Implementierung eines Klimabonus in den Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft (KdU)
Vorlage: VII/2022/04200**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt und spätestens im Zuge der anstehenden Fortschreibung des Schlüssigen Konzepts die energetische Qualität von Wohnraum bei der Festlegung der KdU-Angemessenheitsgrenze zu berücksichtigen und einen Klimabonus herzuleiten sowie zu implementieren.
2. Bis zur Implementierung in das fortgeschriebene Schlüssige Konzept wird die sogenannte Gesamtangemessenheitsgrenze angewandt und entsprechende Hinweise in die Arbeitshilfe KdU im Geltungsbereich der Stadt Halle (Saale) aufgenommen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

**zu 9.5 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Umbesetzung des Beirates des Jobcenters Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04201**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

34 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der Trägerversammlung die Abberufung des Mitglieds Herrn Martin Bochmann aus dem Beirat des Jobcenters Halle (Saale) sowie die Berufung von Herrn Hans-Dieter Sondermann in das Gremium zu veranlassen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

zu 9.6 **Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Fortschreibung des Entwicklungsplanes des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“**
Vorlage: VII/2022/04171

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch GOA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den Kulturausschuss*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwicklungsplan des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ fortzuschreiben.

Die Fortschreibung hat für den Zeitraum 2023 bis 2027 zu erfolgen.

Der Entwicklungsplan ist dem Stadtrat spätestens im November 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

**zu 9.6.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion
Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Fortschreibung des
Entwicklungsplanes des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“
(Vorlagen-Nr.: VII/2022/04171)
Vorlage: VII/2022/04248**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den Kulturausschuss*

Beschlussvorschlag:

Die Fortschreibung des Entwicklungsplans des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ erfolgt nach zwei stabilen Schuljahren, frühestens jedoch im Schuljahr 2024/25.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

**zu 9.7 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur
Abberufung und Berufung eines Mitglieds im Beirat des Jobcenters
Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04172**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

39 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Frau Andrea Menke scheidet als Mitglied des Beirates des Jobcenters Halle (Saale) aus.

Frau Beate Gellert wird als Mitglied des Beirates des Jobcenters Halle (Saale) berufen.

Die Stadtverwaltung wird gebeten, im Rahmen der Trägerversammlung die Abberufung von Frau Andrea Menke und die Berufung von Frau Beate Gellert zu veranlassen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

**zu 9.8 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur
Neubesetzung im Aufsichtsrat der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG)
Vorlage: VII/2022/04173**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

41 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) die Abberufung von Dörte Jacobi aus dem Aufsichtsrat zum 31.12.2022 vor.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) Herrn Dr. Sven Thomas zur Berufung für den Aufsichtsrat ab 01.01.2023 vor.

Der Oberbürgermeister bzw. dessen Stellvertreter wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

zu 9.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen Vorlage: VII/2022/04192

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
und durch GOA des Oberbürgermeisters in den
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, sich gegenüber der Landesregierung für den Erlass einer Rechtsverordnung zur Absenkung der Kappungsgrenzen für Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent gemäß § 558 Abs. 3 S. 2 BGB einzusetzen.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, bis zum August 2022 Beschlussvorlagen zur Erteilung von zwei Gesellschafterweisungen an die kommunalen Wohnungsunternehmen vorzulegen. Inhalt dieser Gesellschafterweisungen soll die Selbstverpflichtung der kommunalen Wohnungsunternehmen sein, unabhängig von dem Verordnungserlass der Landesregierung keine Mieterhöhungen vorzunehmen, die die entsprechende Miete im Sinne des § 558 Abs. 3 S. 2 BGB innerhalb von drei Jahren um mehr als 15 Prozent im Rahmen der ortsübliche Vergleichsmiete erhöhen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

zu 9.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung der Situation in der Ausländerbehörde Vorlage: VII/2022/04197

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den Hauptausschuss*

Der Stadtrat möge beschließen.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche bisher unbesetzten Stellen geeignet sind, um sie zur Verbesserung der personellen Situation der Ausländerbehörde zuzuordnen.
2. Die entsprechenden und die in der Ausländerbehörde nicht besetzten Stellen werden umgehend ausgeschrieben. Eine Verkürzung der Ausschreibungsfrist ist dabei anzustreben.
3. Vor dem Hintergrund der prekären Situation in der Ausländerbehörde prüft die Stadtverwaltung
 - 3.1. (weitere) auch vorübergehende Abordnungen in die Ausländerbehörde; zur höheren Akzeptanz sind diese Abordnungen zunächst zu befristen
 - 3.2. welche Liegenschaften der Stadt und der kommunalen Unternehmen für eine Unterbringung der Ausländerbehörde unter dem Aspekt der effizienteren Steuerung der Arbeitsabläufe und der Bewältigung der Kund:innenströme geeignet sind
4. Zur Optimierung und transparenteren Ausgestaltung der internen Arbeitsabläufe wird angeregt,



- 4.1. den Prozessablauf in der Ausländerbehörde so zu strukturieren und öffentlich zu kommunizieren, dass er aus Kund:innensicht nachvollziehbar wird und die Kund:innen ihren jeweiligen Prozesstand erfahren können
- 4.2. eine verbindliche (online) Terminierung einzuführen
- 4.3. eine Clearingstelle einzurichten, in der im offenen Zugang Fragen zum Antragsverfahren und zur Vervollständigung der Unterlagen geklärt werden können. Der Eingang von vollständigen Anträgen ist gegenüber den Antragsteller:innen schriftlich zu bestätigen
- 4.4. für besonders eilbedürftige Fälle ist ein Notfallschalter einzurichten
- 4.5. es wird empfohlen die Fälle entsprechend ihrer Dringlichkeit und ihres Schwierigkeitsgrades zu clustern und unter Nennung der prognostischen Bearbeitungszeiten speziellen Teams zuzuleiten. Falls noch nicht geschehen und falls tarifrechtlich möglich sind differenzierte Bewertungs-/Prämienmodelle für Mitarbeiter:innen in Teams mit schwierigeren Fallbearbeitungen einzuführen
5. Zur internen Absicherung der Organisation und der Arbeitsprozesse wird angeregt (mittelfristig) ein Kennzahlen gestütztes Verwaltungscontrolling einzuführen. Die Ergebnisse sind unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften im HA und im Ausländerbeirat zu bewerten.
6. Sofern die Notwendigkeit gesehen wird, wird angeregt den Mitarbeiter:innen der Ausländerbehörde interne Qualifizierungsmöglichkeiten, Supervisionen etc. zur Professionalisierung des Umgangs mit Kunden anzubieten.
7. Über die oa Maßnahmen und die Ergebnisse der Prüfungen und Anregungen ist dem Stadtrat und dem Ausländerbeirat regelmäßig zu berichten.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

13.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.06.2022:

zu 9.11 **Antrag der Fraktionen SPD Stadt Halle (Saale) und Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Städtepartnerschaft mit Ufa ruhen lassen**
Vorlage: VII/2022/04198

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den Hauptausschuss
und durch GOA der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
in den Kulturausschuss*

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat würdigt, dass sich Bürgermeister Geier mit dem Ausbruch des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine in einem persönlichen Brief an den Oberbürgermeister der halleschen Partnerstadt Ufa in Russland gewandt und den Einmarsch der russischen Armee in das Nachbarland Ukraine verurteilt hat. Der Stadtrat begrüßt und teilt den Wortlaut: *„Dieser Einmarsch ist durch nichts zu rechtfertigen. Nach den grausamen Erfahrungen zweier Weltkriege sind Städtepartnerschaften mit dieser Überzeugung entstanden: Die persönliche Begegnung von Menschen ist das wirkungsvollste Mittel, um künftige Konflikte zu verhindern. Gewalt ist keine Lösung – eingedenk dieser unumstößlichen Gewissheit hoffen und wünschen wir, dass sich alle Menschen in unserer Partnerstadt Ufa für Frieden einsetzen“.*
2. Die Stadtverwaltung wird in diesem Sinne beauftragt, die Städtepartnerschaft zwischen Halle und Ufa für die Dauer des Krieges in der Ukraine sowie des Bestehens einschneidender Sanktionen der Bundesrepublik gegen die Russische Föderation wegen des Krieges in der Ukraine auf offizieller Ebene ruhen zu lassen. Angesichts der humanitären Katastrophe, schockierender Gräueltaten und zahlreicher mutmaßlicher Kriegsverbrechen, die Russland über die Ukraine gebracht



hat, ist eine Zusammenarbeit auf staatlicher kommunaler Ebene in Kriegszeiten nicht denkbar. Die Stadt Halle unterstützt weiterhin nach Möglichkeit zivilgesellschaftliche Gruppen in Ufa und den völkerverbindenden Austausch zwischen den Menschen Halles und Ufas. Die Stadt Halle unterstützt darüber hinaus insbesondere Bürger Ufas, die aufgrund ihrer ablehnenden Haltung zum Krieg in der Ukraine Verfolgung und Repression ausgesetzt sind.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer